

Bürgerinitiative für sozial gerechte  
Abwasserabgaben e. V.  
Leninstraße 11 (Tel. 03443/82 240)  
Mail: h.penndorf@t-online.de

06667 Weißenfels, der 18. 02. 2013

Landtag von Sachsen – Anhalt  
Ausschuss für Petitionen  
Herr Hans-Joachim Mewes

Domplatz 6 – 9

39104 Magdeburg

Einseitige Abwälzung von Herstellungskostenbeiträgen auf die Bürger von  
Weißenfels, Einschränkung demokratischer Grundrechte, Petitionsantrag vom 10. 12.  
2012, **Reg. Nr.: 6-U/00070**

Sehr geehrter Herr Mewes,

Mit Schreiben vom 10. 12. 2012 haben wir Sie gebeten unseren vorläufigen  
Petitionsantrag den Fraktionen im Landtag von Sachsen Anhalt zur Kenntnis zu  
geben. Als Nachtrag erhalten Sie nunmehr eine ausführliche Schilderung der  
besonderen Situation in Weißenfels mit Anlagen zu Themenschwerpunkten und  
bereits geführten Schriftverkehr. Die Ereignisse in Weißenfels, die sich am Besten  
mit den Worten „Niedergang einer Stadt und einer Region“ beschreiben lassen,  
haben jedoch zu Verzögerungen geführt, so dass wir Ihnen die Ergänzung erst jetzt  
zusenden können. Unsere Forderung bzw. unser Wunsch nach parlamentarischer  
Behandlung gliedert sich nach wie vor in folgende zwei Schwerpunkte auf:

- 1. Unterstützung des Anliegens der Bürgerschaft von Weißenfels bei der  
Durchsetzung sozial gerechter Herstellungskostenbeiträge bei der  
vorgesehenen Erweiterungsinvestition der Kläranlage entsprechend  
des Nutzungsanteils (Erhebung nach Vorteilen bestimmter Gruppen, z. Bsp.  
Lebensmittelindustrie)**
- 2. Parlamentarische Untersuchung aller zweifelhaften Vorgänge rund um die  
Abwasserentsorgung in Weißenfels**

Unsere Bürgerinitiative, die sich im September 2012 gegründet hat, ist inzwischen  
auf einen Mitgliederstand von ca. 1400 Familien von Wohngrundstücksbesitzern,  
Handwerks- und Gewerbetreibenden bis hin zu mittleren Betrieben angewachsen.  
Das ergibt umgerechnet eine Mitgliederzahl von ca. 4000 Bürger von Weißenfels  
und der eingemeindeten betroffenen Ortsteile Langendorf, Borau, Tagewerben,  
Reichardtswerben und Burgwerben. Natürlich ist die Zahl von Sympathisanten viel  
höher. Jeden Montag treffen sich regelmäßig 300 – 500 Bürger um gemeinsam  
unseren Willen nach gerechten Beiträgen, nach Wiederherstellung demokratischer

Prinzipien, für eine gesunde Umwelt und für die gedeihliche Entwicklung von Weißenfels zu bekunden. Zu den Anliegen der BI gehörte es auf die existenzielle Bedrohung von vielen Bürgern durch die erstmalige Erhebung von Herstellungskostenbeiträgen aufmerksam zu machen und sie sozial abzufedern (1. Veröffentlichung als Satzung des Zweckverbandes für Abwasserentsorgung (ZAW) vom 22. 06. 2012). Die vom damaligen ZAW auf äußerst fragwürdiger Grundlage ermittelten Beiträge führen insbesondere bei Wohngrundstücksbesitzern mit Herstellungskostenbeitrag (HKB) I zu einer Existenz bedrohenden Situation und für viele sogar zur Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen. In der Anlage sind Musterrechnungen beigelegt, die aber noch keine Obergrenze darstellen. Es gibt Fälle, wo Einzelne bis 60.000€ zu bezahlen hätten. Die große Last der Beitragserhebung trifft vor allem die ehemaligen Landgemeinden, jetzt neue Ortsteile von Weißenfels. Sie alle sind erst nach Inkrafttreten des Kommunalen Abgabegesetzes (KAG) an die Zentralkläranlage Weißenfels angeschlossen wurden. Demgegenüber steht die Kernstadt mit ihren jetzt großen Lebensmittelbetrieben. Diese machen für sich geltend, bereits über Vorgängerbetriebe an die zu DDR – Zeit vorhandene Kläranlage angeschlossen gewesen zu sein. Dabei ist ein hohes Maß von Fragwürdigkeiten und von Verschleierung im Spiel und es fehlt in Weißenfels jegliche Form von Offenheit und Transparenz zur Nachprüfung. Das was in den letzten 2 Jahrzehnten, also nach 1991 neu gebaut und verändert wurde hat in Lage, Dimensionierung, in Abwassermengen, Verschmutzungsgrad und Bestimmung überhaupt nichts mehr mit den ursprünglichen Anschlüssen zu tun. Diese Aussage trifft insbesondere auf die 3 großen Lebensmittelbetriebe zu, dazu gehören:

- Schlachthof und Fleischwerk Weißenfels (Tönnies)
- Frischli Milchwerke, NL Weißenfels
- Lieken Großbäckerei, NL Weißenfels

Sie waren es, auf deren Veranlassung und Bedarf im Jahr 2001 eine neue Kläranlage mit einer Reinigungsleistung von 76.500 EWG in Betrieb genommen wurde. Dieser Neubau wurde nicht über eine Beitragsumlage auf Betriebe und Bürger mitfinanziert. Nach Meinung der damaligen Stadtverwaltung/ZAW war dies nicht notwendig. Diese aufgeführten Großbetriebe, zu denen sich noch mit Fa. Sugar & Fruit ein weiterer gesellte, waren es, die den Bedarf für die jetzige Erweiterung anmeldeten und diese für ihre Expansion benötigen. Insbesondere der Schlachthof in WSF, mit seiner jedes erträgliche Maß überschreitenden Kapazitätsausweitung, sorgte dafür, dass die 2001 gebaute Kläranlage sehr schnell ihre Grenzen erreichte bzw. in vielen Fällen überschritten hat. Im Anhang ist das Thema Kläranlage, Betriebsführerschaft, Verquickung mit Tönnies näher dargestellt.

Seitens des Abwasserzweckverbandes jetzt AÖR wird das aktuelle Verhältnis von Einleitern der Industrie zur übrigen Bevölkerung (inkl. Handwerk, Kleinbetriebe, soziale und kommunale Einrichtungen, Alten- und Pflegeheime usw.) mit 70% Industrie zu 30% Bevölkerung angegeben. Dieses Verhältnis wird sich mit KA Erweiterung auf dann 90% zu 10% noch weiter erhöhen. Man kann daher bezüglich der Abwasserbehandlung in Weißenfels von einer Industriekläranlage mit

angeschlossener Kommune sprechen. Es ist aber eine Kläranlage, die mit allen zugeordneten Nebeneinrichtungen im Besitz der Stadt Weißenfels ist, aber fast ausschließlich durch die Industrie und hier vor allem durch die 4 großen Lebensmittelbetriebe genutzt wird. Diese „offizielle“ Darstellung des Verbandes, jetzt Anstalt öffentlichen Rechts (AöR), wird natürlich vollends als ad absurdum geführt bei der Kalkulation und Festsetzung von Herstellungskostenbeiträgen (HKB I u. II) nach dem Kommunalen Abgabegesetz (KAG). Hier wird aus der Industriekläranlage plötzlich wieder eine kommunale KA mit der Folge, dass der „Vorteil“ einzig und allein auf den Flächenanteil abgestellt wird. Das Ergebnis ist, dass privat genutzte Wohnflächen im Bezug auf die Beitragshöhe um ein mehrfaches schlechter dastehen als die großen LM Betriebe, auf deren Veranlassung erst die Erweiterungsinvestition angemeldet wurde. In den eingemeindeten Landgemeinden mit erheblich größerer anrechenbarer Wohnfläche wirkt sich diese Diskrepanz besonders nachteilig aus. Hier ist auch die nach über 20 Jahren Einheit und vielen stattgefundenen Modernisierungen vorgenommene Unterscheidung in HKB I und HKB II nur schwer vermittelbar. Es gibt zahlreiche Fälle wo Rentner, zumeist alleinstehend, ehemalige Bauernwirtschaften mit großen Gärten bewohnend, nicht nur im Verhältnis sondern auch nach reinen Zahlenwerten schlechter gestellt werden als die aufgeführten Großbetriebe. Dies alles führte im vergangenen Jahr zu einem Aufschrei der Empörung, der sich bis heute nicht gelegt hat, sondern an Schärfe immer mehr an Fahrt aufnimmt. In der Presse, in den Medien wurde bereits mehrfach darüber berichtet, weitere Sendungen in Rundfunk und Fernsehen über die unhaltbaren Zustände in Weißenfels befinden sich in Vorbereitung.

Der Hauptkritikpunkt der Bürger von WSF richtete sich zunächst erst einmal gegen die eigene Verwaltung, den Stadtrat und den ZAW. Waren sie es doch, die unmittelbaren Einfluss auf die Kriterien bei der Kalkulation des HKB ausübten. Im Gegensatz zu vielen anderen Gemeinden in Sachsen Anhalt wurden alle Möglichkeiten, die das KAG zur Vorteilsdefinition und zur sozialen Abfederung bereits vorsieht, weder genutzt noch in irgendeiner Art und Weise in Betracht gezogen, schon gar nicht der Bürger darüber informiert. Dieser leicht von jeden Bürger in den Satzungen anderer Kommunen nachprüfbarer Sachverhalt führte bei den an den Tag gelegten sturen, an Borniertheit grenzenden Festhalten am einmal eingeschlagenen Weg zum jetzt sichtbaren Zerwürfnis der Bürger mit ihrem Stadtoberhaupt. Für den einzelnen Bürger wird auf diese Weise nur eins deutlich. Hier soll in einem in Sachsen Anhalt und in Deutschland wohl einmaligen Willkürakt der „Kleine Mann“, der Bürger einer kleinen Stadt für die Großindustrie seinen letzten Cent hergeben, und dies bis hin zur Vernichtung seiner Lebensgrundlagen. Leider bewiesen Stadtober im Umgang mit ihren aufgebrachten Bürgern wenig Feingefühl mit Aussagen wie solcher, dass Einkommensschwache, Alte usw. damit rechnen müssen dass ihr Lebenswerk unter Umständen verpfändet oder veräußert wird (... ZAW ist kein Sozialverein). Zu den Besonderheiten in Weißenfels gehört, dass das was bisher unter Industrie allgemein bzw. Lebensmittelindustrie beschrieben wurde, sich im Grunde fast ausschließlich auf den Schlachthof Weißenfels als Betrieb des Tönnieskonzern's bezieht. Die

Expansion des im Stadtzentrum liegenden Schlachtbetriebes, eines der größten Europas, hat bereits jetzt in vieler Hinsicht zu nachhaltigen Störungen bei der gedeihlichen Entwicklung von Weißenfels und seinen eingemeindeten Ortsteilen geführt. Die bisher mit der Verwaltung, den Stadträten und den Parteien geführten Auseinandersetzungen und Diskussionen zeigen immer deutlicher auch einen anderen Aspekt in den Auseinandersetzungen rund ums Abwasser.

In einer aktuellen Frage an alle Stadträte von Weißenfels bezüglich ihres Verständnisses zum Anliegen der Bürger/Bürgerinitiativen und der derzeit für alle Beteiligten unerträglichen gespannten Situation in Weißenfels wurde immer wieder ein weiterer Faktor betont. Es zeigte sich übereinstimmend, dass ein massiver Druck durch die Kommunalaufsichten, das Landesverwaltungsamt und das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt eine entscheidende Rolle spielt. Dieser auf Verwaltung und Stadtoberhaupt lastende Druck beeinflusst letztlich auch Entscheidungen der Stadträte zu Ungunsten ihrer Bürger. Und dies an jeder Öffentlichkeit vorbei !

Dabei spielen die ungebremsten Expansionswünsche des größten Schlachtkonzerns Europas mit einem seiner größten Schlacht- und Zerlegebetriebe hier in Weißenfels die entscheidende Rolle. Bürgerproteste, die sich in vielfältiger Weise gegen die unkontrollierte Ausbreitung zur Wehr setzen werden negiert, behindert und zum Schweigen gebracht. Kulturelles Erbe, wie es im Anspruch einer Barockstadt zum Ausdruck kommt, oder eines Weindorfes wie Burgwerben und des Biotops Mittleres Saaletal wird bedenkenlos der Schlachthoferweiterung geopfert. Schon die nackten Zahlen erschrecken. Sind es zur Zeit 15.000 Schweine täglich, sollen es nach der Erweiterung der KA täglich bis zu 20.000 Schweine sein bzw. über 7 Millionen die pro Jahr geschlachtet werden. Die installierte Vergasungs- und Tötungskapazität ist mit 35.000 Schweinen pro Tag angegeben (über 12 Mill pro Jahr). Auch dafür existieren bereits Pläne für die dann benötigte 2. und 3.

Ausbaustufe einer neuerlichen Kläranlagenerweiterung. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wird der kommunale Anteil noch weiter sinken und unter 10% liegen. Zu allem Übel sind im vergangenen Jahr noch Pläne bekannt geworden, die eine Verarbeitung der bei Fa. Tönnies anfallenden Schlachtabfälle inkl. Magen-Darm-Inhalte durch eine Vergärungsanlage vor den Toren von Weißenfels vorsehen. Diese Methangasproduktion soll im Gewerbegebiet Zorbau stattfinden, das heißt in einem dicht bebauten Gebiet und in Nähe bewohnter Ortschaften. Die Gefahren, die von diesen Anlagen ausgehen, Geruchsemissionen, Krankheitserreger und die Explosionsgefahr haben zu einem Schulterschluss zwischen Bürgerinitiativen, Anwohnern und BUND sowie Industrie geführt, um dieser extremen Umweltgefährdung zu begegnen. Die bekanntgewordenen Pläne gehen noch von einer Ausbringung der verbleibenden Reste von über 7 Mill. Schweinen pro Jahr auf die Felder rings ums Stadtgebiet aus. Weißenfels wird damit zum größten Friedhof Sachsens Anhalts. Diese Entwicklung hat nicht im Selbstlauf stattgefunden. Es gab und gibt sie noch, über alle Bedenken und Warnungen hinweg, eine vollkommen einseitige Förderung der industrialisierten Landwirtschaft in Sachsen Anhalt unter Führung des MLU von Dr. Herrmann Onko Aikens. Das bäuerliche Erbe wird durch politische Vorgaben, entsprechende

Fördermittelpraxis und sonstigen Regulierungen zerstört. Es scheint so, dass Entwicklungen in anderen Bundesländern, die die Gefahren dieser Politik erkennen, an Sachsen Anhalt vorbeigehen. Es ist höchste Zeit für eine Agrarwende wie sie Niedersachsen jetzt ins Regierungsprogramm aufgenommen hat. Von Weißenfelser Stadträten wird immer wieder betont, dass sie sich außer Stande gesehen haben, diese unheilvolle und von außen aufgedrängte Entwicklung zu stoppen. Viel zu spät, erst mit Erstarren der Bürgerbewegungen in WSF, deren Anliegen von weiten Teilen der Bürgerschaft unterstützt wird, findet ein Umdenken statt. Es bleibt noch die Hoffnung, dass auch das Stadtoberhaupt seinen allen Anschein nach durch LVA weisungsgebundenen Weg aufgibt und in Zukunft die Interessen seiner Bürger vertritt. Die Bürgerinitiative wird darauf drängen, diese Einmischungen von oben immer sichtbarer zu machen. Eingetretene Entwicklungen lassen sich zwar nicht so ohne weiteres rückgängig machen, aber negative Auswirkungen auf die Bürger lassen sich begrenzen. Dazu gehört:

1. Angemessene, ihren erzielten Vorteilen entsprechende Beteiligung der Industrie an den Herstellungskostenbeiträgen für die Kläranlagenerweiterung (bis zu 90% LM Industrie und 10% Kommune)
2. Verzicht auf spezielle Infrastrukturprojekte, die vorrangig einem einzigen Betrieb dienen, zur Haushaltsentlastung, Beispiel sind: Rampenanbindung B91 und Ausbau der Bahnhofstraße
3. Keine weitere Erhöhung der Schlachtkapazität über die 20.000 Schweine pro Tag zulassen, da dies einen weiteren Ausbau der Abwasserbehandlung erfordert
4. Behebung der bereits eingetretenen schlimmen Schäden im Erscheinungsbild der Stadt durch geeignete und zielgerichtete Förderungen
5. Stopp für alle Pläne eine Vergärungsanlage für tierische Abfälle unmittelbar vor den Toren von Weißenfels zu errichten

Zusammengefasst sollte es zu den vordringlichsten Aufgaben der Landesregierung und der Parteien im Landtag gehören, das Leitbild für die Entwicklung der Landwirtschaft zu ändern. Die einseitige Förderung der industrialisierten Landwirtschaft bis hin zur Konzentration auf wenige verarbeitende Großbetriebe führt zur unumkehrbaren Zerstörungen der bäuerlichen Landwirtschaft und zu Fehlentwicklungen in Kommunen wie Weißenfels.

Natürlich sind nicht alle geschilderten Probleme der Landesregierung und dem MLU unter Führung von Dr. Herrmann Onko Aeikens anzulasten. In Weißenfels spielen Besonderheiten in der politischen Landschaft eine Rolle dafür, dass sich Verantwortliche so willfährig diesen Vorgaben und Wünschen aus Magdeburg gebeugt haben. In den nachfolgend als Themenkomplex beigefügten Anhängen sind diverse Sachverhalte aus Sicht der BI näher erläutert.

Die ungeprüfte Übernahme von Kalkulationen der Herstellungskosten für die Kläranlagenerweiterung und der erkennbare Wille, um jeden Preis die in WSF ansässige Großindustrie zu entlasten, wird von den Bürgern als unzulässige Wirtschaftsförderung, Vorteilsgewährung und Griff in ihre Taschen wahrgenommen. Dieser Fakt steht in Weißenfels auf den Prüfstand. Auch die

Umwandlung des ZAW in eine AöR verbunden mit dem Hinweis Kalkulationen nochmals zu prüfen ändert nichts, da bisher kategorisch die Beteiligung der Großindustrie entsprechend ihres Anteils (Vorteils/Nutzen) von der Verwaltung/Stadtoberhaupt abgelehnt wird.

Die Bürger werden auf jeden Fall den Rechtsweg beschreiten, auch wenn AöR und Kommunalaufsichten eine mögliche Überarbeitung der Satzung für HKB Erhebung angekündigt haben. Ohne die oben genannte grundsätzliche Prämisse bleiben Änderungen nur kosmetischer Natur. Die Erreichung einer gerechten Lastenverteilung entsprechend Nutzungsanteil (Vorteil) an der kommunalen Abwasserbehandlung von zur Zeit 70% Industrie und 30% Bürger, späteres Verhältnis 90 : 10, ist das Ziel der Bürgerinitiative für das wir die Parteien im Landtag um ihre Unterstützung bitten. Die genannte Aufteilung entspricht auch einfachsten Rechtsgrundsätzen, wie dem „wer bestellt, der bezahlt“ und ist im Grundgesetz durch das Gleichbehandlungsprinzip verankert. Den Bürgern ist bekannt, dass solche Regelungen in anderen Bundesländern, wie Bayern, Mecklenburg Vorpommern, Brandenburg längst selbstverständlich sind und dort entsprechende Vorgaben des Bundesverwaltungsgerichtes in die Praxis umgesetzt wurden. Die Bürger von Weißenfels haben die dringende Bitte an die Landtagsabgeordneten, nehmen sie Einfluss darauf, dass der geschilderte Druck von der Verwaltung in WSF genommen wird. Eine offene Behandlung des Themas trägt dazu bei, Vermutungen in Richtung Fördermittel- und Zuschussverweigerung durch Landesregierung und MLU, falls gewünschte Entwicklung der Großindustrie behindert wird, zu entkräften. Geben Sie den Stadträten von WSF und dem Oberbürgermeister ihre Handlungsfreiheit, offen mit den Bürgern über alle Themen zu sprechen. Was sich zur Zeit in Weißenfels abspielt ist eine Verweigerung demokratischer Grundrechte, vieles durch die Hintertür. Alles erinnert uns Bürger an längst vergangen geglaubte totalitäre Zeiten. Das fängt bei Mitwirkungsverboten an, falls unliebsame Meinungen von Räten geäußert werden, und hört bei der Verweigerung demokratischer Grundrechte z. Bsp. bei der Einwohnerfragestunde auf. Bei der Bitte um Unterstützung zur Durchsetzung demokratischer Prinzipien in WSF fühlt sich die Bürgerschaft durch übergeordnete Verwaltungen in Stich gelassen, die für sich das „Opportunitätsprinzip“ beanspruchen (siehe Schriftverkehr). Wir glauben natürlich nicht, dass dies zu den Zielen aller im Landtag vertretenen Parteien gehört. Leider führt solcher nicht an die Öffentlichkeit gelangende Druck zu solchen Auswüchsen.

Wünschenswert darüber hinaus wäre eine gemeinsame Gesetzesinitiative der Regierungsparteien und der Opposition zur überfälligen Anpassung des KAG an neue Bedingungen. Immerhin sind über 20 Jahre seit Erlass vergangen und Situationen sind jetzt ganz anders zu bewerten. Es sollte dringend ein Anfang gemacht werden, auch wenn wir Bürger nicht an die baldige Umsetzung glauben. Die Bürgerinitiative wird selbstverständlich den allen Bürgern zugesicherten Weg bis zum höchsten deutschen Gericht gehen, wenn es sein muss auch darüber hinaus.

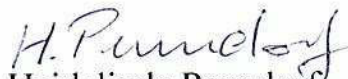
Wir haben in der momentanen Situation immer noch die Hoffnung gemeinsam mit der Verwaltung und Stadtrat einen Weg zur Beitragsgerechtigkeit zu finden.  
Dazu

bedarf es offensichtlich entsprechender Signale aus Landesregierung, MLU und LVA. Bitte setzen Sie sich als gewählte Vertretung unseres Landes dafür ein. Wir Weißenfelder Bürger möchten mit unserem Widerstand beispielgebend auf unser Land sein, in allen ähnlich gelagerten Fällen den Druck von „oben“ standzuhalten und solidarisch auf demokratischen Weg für Veränderung zu sorgen. Wir glauben das ist der richtige Weg für ein mehr an Bürgerdemokratie, wie er auch in anderen Bundesländern beschritten wurde.

Wir bitten Sie unser Anliegen den Parteien im Landtag zur Kenntnis zu geben und auch die dafür vorgesehenen Stellungnahmen von Verwaltungsorganen einzuholen. Über Rückinformationen zum jeweiligen Bearbeitungsstand wären wir Ihnen dankbar. Sollte es zum Petitionsantrag oder ähnlich gelagerten Themen zu einer Diskussion im Landtag kommen, wären wir Ihnen über eine Termininfo ebenfalls dankbar.

Der vorliegende Antrag wird durch eine Unterschriftensammlung von 300 Teilnehmern an Montagsdemonstrationen unterstützt.

Mit freundliche Grüßen

  
Heidelinde Penndorf  
(1. Vorsitzende)

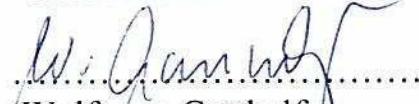
  
Monika Zwirnmann  
(2. Vorsitzende)

Im Auftrag der weiteren Mitglieder des Vorstandes der Bürgerinitiative für soz. gerechte Abwasserabgaben:

  
Gernot Thielitz

  
Hans Jürgen Spendrin

  
Ulrich Köhler

  
Wolfgang Gotthelf

sowie aller in der Initiative organisierten Bürger

Anlagen:

Kopie Erstantrag (Kurzform) und Eingangsbestätigung

Unterstützer mit Originalunterschriftenliste von Montagsdemonstranten in  
Weißenfels

Schriftverkehr mit Kommunalaufsichten v. 1. 11. 2012 bis 15. 1. 2013

Fakten zur WSFèr Kläranlage, Abwasserdiskussion und Tönnies

Schreiben der Oberen Kommunalaufsicht zum Zustand der Abwasserentsorgung  
und Fehlverhalten von Verwaltungen und agierender Personen v. 21. 9. 2012

Feststellung der sozialen Notsituation in WSF durch HKB Erhebung mit  
Satzung und Beitragskalkulation

Schreiben an Minister Aeikens v. 28. 11. 2012 mit div. Anlagen

Einschätzung des kommunalpolitischen Alltags in WSF aus Sicht der BI

Infos zur Vergärung Zorbau